

Schutz geht vor: EU-Entscheidungsträger*innen müssen für sichere Chemikalien und einen hohen Gesundheits- und Umweltschutz sorgen

Deutsche Übersetzung des Statement „[Protection first: EU leadership to deliver safe chemicals with high protection of people's health and the environment](#)“ des Europäischen Umweltbüros (EEB). Dieses Statement wurde von über 40 europäischen Organisationen gezeichnet und unterstützt.

Die Menschen in Europa sind nicht ausreichend vor schädlichen Chemikalien geschützt

Industriechemikalien sind allgegenwärtig. Sie ermöglichen zwar zahlreiche Herstellungsprozesse, Dienstleistungen und Produkte der modernen Wirtschaft, doch viele davon sind gefährlich, bergen erhebliche Risiken für die menschliche Gesundheit und die Umwelt und bedrohen Grundrechte. Schädliche Chemikalien werden nach wie vor in großem Umfang verwendet, selbst in unseren Wohnungen und an unseren Arbeitsplätzen. Europa sieht sich mit einer Krise der chemischen Verschmutzung konfrontiert, die zu schweren Krankheiten beiträgt und jedes Jahr Gesundheits-, Umwelt- und Gesellschaftskosten in Milliardenhöhe verursacht. Trotz wiederholter politischer Zusagen, die EU-Gesetzgebung zu verbessern, sind Europäer*innen nicht ausreichend geschützt. **Das im EU-Recht versprochene hohe Schutzniveau ist nicht erreicht worden.**

Schutz muss das Hauptaugenmerk der Europäischen Kommission sein

Die 2006 verabschiedete REACH-Verordnung ist das Rückgrat der EU-Chemikalienpolitik. Mit ihr wurden Informationsanforderungen für die Wertschöpfungskette festgelegt, das Wissen über Gefahren verbessert, die Regulierung der gefährlichsten Chemikalien priorisiert und die Kapazitäten der Behörden zur Kontrolle chemischer Risiken gestärkt. Zusammen mit der CLP-Verordnung positionierte REACH die EU als weltweiten Vorreiter bei der Regulierung von Chemikalien. REACH wurde sogar in anderen Ländern (teils angepasst) kopiert .

Doch 20 Jahre unzureichender Umsetzung haben dazu geführt, dass bekannte schädliche Chemikalien jahrzehntelang auf dem Markt bleiben konnten, was die Bemühungen um die Entwicklung und Vermarktung sichererer Alternativen blockiert und den Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft behindert hat. Gleichzeitig gerät die EU bei den chemischen Innovationen ins Hintertreffen: Andere Regionen treiben regulatorische und technologische Entwicklungen voran, etwa im Umgang mit Polymeren, Cocktaileffekten oder PFAS-freien Alternativen. Dieser Verlust der Führungsrolle kommt weder der europäischen Industrie noch den Arbeitnehmer*innen noch den Verbraucher*innen zugute. Im Gegenteil: Eine ambitionierte und wirksam durchgesetzte Chemikalienregulierung ist ein wichtiger Motor für Innovation und langfristige Wettbewerbsfähigkeit der EU.

Diese Herausforderungen wurden in der Europäischen Chemikalienstrategie für Nachhaltigkeit (CSS), die 2020 nach umfangreichen Beiträgen von Expert*innen und Interessenvertreter*innen angenommen wurde, klar benannt und behandelt. In der CSS legt die EU-Kommission eine kohärente Vision zur Stärkung des Schutzes und zur Förderung von Innovationen dar. **Sie muss weiterhin den Rahmen und die Vision für die Maßnahmen der EU-Kommission in der Chemikalienpolitik bilden.**

Was dringend nötig ist

Daher ist eine ehrgeizige Umsetzung, Durchsetzung und Modernisierung des EU-Chemikalienrechts im Einklang mit dem aktuellen wissenschaftlichen Stand des 21. Jahrhunderts dringend erforderlich. Nur so wird das versprochene Schutzniveau vor gefährlichen Chemikalien und Gemischen erreicht und die Identifizierung sowie schrittweise Abschaffung der schädlichsten Chemikalien beschleunigt, wie dies bereits im Beschränkungsfahrplan (Restrictions Roadmap) begonnen ist.

REACH muss gewährleisten, dass sich Verschmutzungskrisen wie jene ausgelöst durch PFAS nicht wiederholen. Zugleich muss REACH einen Beitrag zu den wichtigsten gesundheitspolitischen Prioritäten der EU leisten, wie z. B. dem Europäischen Plan zur Krebsbekämpfung und zur Umsetzung einer giftfreien Kreislaufwirtschaft .

Wir appellieren an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament und die Mitgliedstaaten, alle als Vereinfachung getarnten Deregulierungsversuche abzulehnen und auf eine Gesetzgebung zu drängen, die einen wirksamen Gesundheits- und Umweltschutz sicherstellt, die Führungsrolle der EU bei den Chemikaliensicherheitsstandards stärkt und damit zugleich die langfristige Wettbewerbsfähigkeit ausbaut.

Deregulierung, getarnt als "Vereinfachung" gefährdet die Menschen

Anstatt zügig Maßnahmen zur Stärkung der Chemikaliensicherheit zu ergreifen, verfolgt die Europäische Kommission derzeit eine Deregulierungsagenda, die maßgeblich auf Forderungen der Industrie zurückgeht und als "Vereinfachung" bezeichnet wird. Tatsächlich führt dieser Ansatz zu einer **Herabsetzung von Standards**, die schwerwiegende Folgen für die Gesundheit, die Umwelt, die Wahrung der Menschenrechte und das Vertrauen der Öffentlichkeit hat. Dazu zählt auch der vorgeschlagene Chemikalien-Omnibus. Sollte er in seiner jetzigen Form angenommen werden, würde er die Verwendung von Chemikalien in Kosmetika erleichtern und ausweiten, die beispielsweise Krebs verursachen oder die Fruchtbarkeit beeinträchtigen. Zugleich würde er die Entwicklung sichererer Alternativen verlangsamen und den Zugang der Verbraucher*innen und Arbeitnehmer*innen zu wichtigen Informationen über gefährliche Chemikalien erheblich untergraben. Dies betrifft insbesondere gefährdete Gruppen wie Kinder, Frauen und Schwangere. Die Verzögerung der Umsetzung des 2022 verabschiedeten EU-Beschränkungsfahrplans – mit dem die gefährlichsten, seit Jahrzehnten als gesundheits- und umweltschädlich bekannten Chemikalien schrittweise reguliert werden sollten – ist ein deutliches Signal mangelnder Priorisierung von Gesundheits- und Umweltschutz.

Ein starkes REACH ist der Weg zur Wettbewerbsfähigkeit, nicht das Problem

Die europäische Chemieindustrie steht zweifellos vor echten Herausforderungen, darunter hohe Energiekosten, die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen und der unfaire globale Wettbewerb. Eine Abschwächung von REACH und weitere Verzögerungen bei dessen Umsetzung werden diese strukturellen Probleme jedoch nicht lösen. Im Gegenteil: regulatorische Unsicherheit und verzögerte Maßnahmen fördern Investitionszurückhaltung, verlangsamen Innovationen und zementieren die Abhängigkeit von problematischen Stoffen. Die EU muss die industriepolitischen Herausforderungen - Energie, Rohstoffe, faire Wettbewerbsbedingungen - angehen und gleichzeitig REACH stärken, anstatt es auszuhöhlen. Eine ambitionierte und wirksam durchgesetzte Chemikalienverordnung ist unerlässlich, um Innovationen zu beschleunigen, sicherere Alternativen zu fördern und die langfristige Wettbewerbsfähigkeit zu gewährleisten.

Über die Fragen der Wettbewerbsfähigkeit hinaus, ist die Verabschiedung, Umsetzung und Durchsetzung strenger Rechtsvorschriften für Chemikalien der einzig sinnvolle ökonomische Weg. Die Kosten der chemischen Verschmutzung können den gesellschaftlichen Nutzen ihrer Produktion um ein Vielfaches übersteigen. Laut einer von der Europäischen Kommission veröffentlichten Studie werden sich die Kosten für die PFAS-Verschmutzung in Europa bis zum Jahr 2050 auf etwa 440 Milliarden Euro belaufen, sofern die derzeitigen Emissionen ohne Regulierungsmaßnahmen fortbestehen. Würde die Freisetzung von PFAS bis 2040 wirksam an der Quelle bekämpft, ließen sich 110 Milliarden Euro einsparen. Allein die Behandlung verschmutzten Wassers würde andernfalls mehr als eine Billion Euro kosten.

Stoppen Sie die Vereinnahmung der EU-Chemikalienpolitik durch die Wirtschaft

Die Ausrichtung der jüngsten Kommissionsinitiativen lässt ein beunruhigendes Muster erkennen: die **Vereinnahmung der Chemiepolitik durch Unternehmen**. Bestimmte Industrieinteressen leiten die politischen Prioritäten auf Kosten der öffentlichen Gesundheit, der Grundrechte und des Umweltschutzes. Hochrangige politische Foren und Erklärungen – etwa im Zusammenhang mit der Antwerpener Erklärung und der Critical Chemicals Alliance - haben die Entscheidungen der Kommission zunehmend beeinflusst und wissenschaftliche Erkenntnisse, Beiträge der Zivilgesellschaft und die rechtlichen Verpflichtungen der EU in den Hintergrund gedrängt. Fast 70 % der Sitzungen der Kabinettsmitglieder der Kommission im vergangenen Jahr fanden mit Vertreter*innen der Industrie statt.

Dieser Aushöhlung der evidenzbasierten Politikgestaltung muss entgegengewirkt werden. **Die Chemikaliensicherheit ist ein Thema von öffentlichem Interesse**. Politische Entscheidungen müssen sich an wissenschaftlichen Erkenntnissen, am Vorsorgeprinzip und der im EU-Vertrag verankerten Verpflichtung orientieren, ein hohes Schutzniveau für Mensch und Umwelt zu gewährleisten.

Chemikaliensicherheit ist eine EU-Verantwortung

Die Europäer*innen erwarten von Entscheidungsträger*innen, dass sie das Hauptziel von REACH umsetzen: ein hohes Schutzniveau für die menschliche Gesundheit und für die Umwelt. Ohne weitere Verzögerung und ohne Kompromisse auf Kosten unserer Gesundheit.

